

"Die Schuldgefühle des Westens" in Le Figaro (20. Dezember 2004)

Legende: Am 20. Dezember 2004 kommentiert die französische Tageszeitung Le Figaro die Ergebnisse des Europäischen Rates von Brüssel am 16. und 17. Dezember und betont das diplomatische Geschick, das der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan in den Debatten im Vorfeld der Entscheidung der Fünfundzwanzig an den Tag gelegt hat, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen.

Quelle: Le Figaro. 20.12.2004. Paris. "La culpabilité de l'Occident", auteur:Slama, Alain-Gérard , p. 10.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_schuldgefuhle_des_westens_in_le_figaro_20_dezember_2004-de-b49a495e-17c1-402f-824b-6b9c1f76cf4d.html



Publication date: 05/07/2016

Die Schuldgefühle des Westens

VON ALAIN-GÉRARD SLAMA

Das Familienfoto, zu dem sich am 17. Dezember in Brüssel die Unterzeichner der Vereinbarung zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union zusammenfanden, löst ein tiefes Gefühl des Unbehagens aus. Allein der Gesichtsausdruck des türkischen Premierministers hat etwas Triumphierendes. Nachdem er in einer außenpolitischen Kampagne, die eines Bismarcks würdig gewesen wäre, alles aufs Spiel gesetzt hatte, und nachdem er in Sachen Zypern mit der Faust auf den Tisch gehauen hatte, kehrte Erdogan mit vollen Taschen in sein Land zurück. Die anderen blickten abwesend ins Objektiv, als seien sie sich der Zukunft nicht sicher genug, um stolz zu sein, dabei zu gewesen zu sein.

Natürlich ist Brüssel nicht München und Erdogan nicht Hitler! Wir werden von keinem Reich bedroht. Die Türkei, ein gespaltenes und armes Land, wird Europa nicht zurückerobern, egal, was die Menschenmengen behaupten, die den Premierminister mit Plakaten empfingen, auf denen dieser Slogan zu lesen war. Aber weil man erklärte, seine Verpflichtungen von 1963 einhalten zu wollen – obwohl diese sich nur auf eine Zollunion beschränken –, hat sich der am 17. Dezember konsolidierte Integrations-„Prozess“ selbst unumkehrbar gemacht. Europa, das bereits von der Wirtschaftskrise demoralisiert ist und unter der Last unterstützter Völkern zusammenbricht, läuft Gefahr, dass bei dem Abenteuer der Konsens, ohne den es keine Gesellschaft des Vertrauens gibt, in Stücke springt. Mit einer Masse konfrontiert, deren Mentalität noch mehrere Jahrhunderte im Rückstand ist, läuft es Gefahr, in eine Zeit des Rückschritts und der Intoleranz zurück zu verfallen und dabei die Nationen Mitteleuropas mit in den Abgrund zu reißen, die doch ihr Heil in der Union suchten.

Der Vergleich mit der Konferenz von München ist zwar abgenutzt, jedoch nicht ungerechtfertigt. Obwohl er übertrieben ist, erinnert er daran, dass die gewählten Vertreter der entwickelten Demokratien, die per Definition gleichzeitig gegen Konflikte allergisch sind, mit ungleichen Waffen gegen Führer kämpfen, die nach außen hin dieselben Werte wie sie vertreten, die aber hinter den Kulissen keine Angst vor der Gewalt haben.

Diese Verletzlichkeit ist umso größer, als jeder mit unterschiedlichen Hintergedanken an die Frage der Erweiterung der Union herangeht. Diese vielfältigen Motive erleichtern dem türkischen Kandidaten die Sache sehr, der seinen Partnern aus dem Norden, dem Süden, dem Westen und dem Osten das gesagt hat, was sie jeweils hören wollte. Dem Norden gegenüber beschwor er das laizistische Erbe Atatürks und die Schlüsselrolle seines Landes bei der Kontrolle der Migrationsströme; im Westen unterstrich er seine privilegierten Bande zur NATO, seine guten Beziehungen zu Israel und das riesige Potenzial seiner Wirtschaftsmärkte; nach Osten hin weckte er die Hoffnung auf eine kulturelle Vielfalt, die die Zwänge der Erweiterung für Länder mit starker religiöser Prägung und überwiegender Landwirtschaft wie Polen lockert; und dem Süden gegenüber betonte er seine strategische Lage als Puffer zwischen dem Mittelmeerraum, dem Iran und den arabischen Ländern, während seine internen Grenzprobleme mit Griechenland und die externen Grenzfragen mit dem Iran, dem Irak und Armenien noch lange nicht gelöst sind.

In jedem Land haben sowohl Souveränisten als auch Föderalisten etwas nach ihrem Geschmack gefunden. Den Föderalisten erklärte Erdogan, dass, je mehr Beschlüsse mehrheitlich statt einstimmig gefasst würden, desto weniger die Türkei durch ihr Veto die gemeinsamen Politiken blockieren könnte. Den Verfechtern der Regierungszusammenarbeit oder gar einer einfachen Zollunion in Europa – Großbritannien beispielsweise – schlug er vor, dass die Erweiterung die Aussicht auf eine föderale Organisation in weitere Ferne rücken ließe, gleichzeitig aber das Wirtschaftspotenzial der Union stärke.

Und um auch noch die letzten Zögerer auf seine Seite zu ziehen, spielte er schließlich virtuos die Karte des schlechten Gewissens des Westens: Bald drohte er mit der großen Enttäuschung in der muslimischen Welt, sollten die Versprechen aus dem Jahr 1963 nicht gehalten werden; bald beschwor er die Erinnerung an den Nationalsozialismus herauf, um Europa vorzuwerfen, an der Wurzel aller Völkermorde zu sein und der Türkei keinerlei Lehren erteilen zu können, während es nichts – oder zu wenig – getan hatte, um die Massaker an den Armeniern am Anfang des Ersten Weltkriegs zu verhindern; bald weckte er das schlechte

Gewissen der Kolonialzeit – als sei die Türkei nicht ebenfalls Erbin eines Kolonialreiches –, um die Islamophobie der Europäer und insbesondere der Franzosen zu kritisieren und das Schreckgespenst des von Samuel Huntington vorhergesagten Kampfes der Kulturen heraufzubeschwören.

Ein meisterliches Werk also, und man kann nur bewundernd feststellen, wie sehr die Debatte im Vorfeld des 17. Dezember nach den Wünschen Ankaras verlaufen war. Die Gegner der Erweiterung der Union um die Türkei – geteilter Meinung über das Schicksal Europas und aus der Fassung gebracht von den Lektionen in Laizität und Offenheit, die der Chef einer islamistischen Partei ihnen erteilen wollte – haben sich selbst in die Defensive manövriert. Die scharfsinnigsten unter ihnen führten ein ums andere die Argumente der Grenzen, des wirtschaftlichen Rückstand, der Stellung der Frauen, der Menschenrechtsverletzungen ins Felde. Sehr wenige trauten sich, den Grund für diesen Rückstand zu nennen: das Festhalten einer Mehrheit des türkischen Volkes an einem archaischen Islam, der nur widerwillig Gott und Staat trennt und der als solcher eine Schule für Unterdrückung und Intoleranz ist.

Dieser Islam ist das Gegenteil der von Kemal durchgesetzten Laizität. Weit davon entfernt, die Trennung von Kirche und Staat nach französischem Vorbild vorzunehmen, wie es immer wieder betont wird, zwang Atatürks Revolution Gott das Gesetz des Staates auf und trug dazu bei, den Sunnismus auf Kosten der anderen Religionen zur Staatsreligion zu machen. Die Identifizierung der Nation mit einer Religion führte zu einem spektakulären Aufstieg der Eliten des Staates, bestätigte aber gleichzeitig die Massen in ihrer Ablehnung der Moderne bestätigt. Sie hat dem Islamismus das Bett bereitet, der sich jetzt am Staat rächt, indem er ihm das Gesetz Gottes aufzwingt.

Solange diese Auffassung von der Laizität türkische Staatsphilosophie bleibt, wird diese Mentalität nur sehr unwahrscheinlich verschwinden. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sie sich durch eine Annäherung an Europa auflösen wird. Jeder Tag, der vergeht, zeigt hingegen, wie sehr Europa sich im Kontakt mit einem fordernden und manipulierenden Islam rekonfessionalisiert. In der Politik wie in der Wirtschaft verdrängt das schlechte Geld das gute Geld. Das hat sich soeben an diesem Jahresende bestätigt, wo in England schon allein die Erwähnung des Namens Weihnachten Widerstand auslöst und wo in einer Schule in Lagny-sur-Marne ein armer Weihnachtsbaum Gegenstand einer Religionschlacht geworden ist ...